

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Anne Helm und Niklas Schrader (LINKE)

vom 12. Oktober 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Oktober 2020)

zum Thema:

**Extrem rechter Aufmarsch der Partei „Der Dritte Weg“ am 3. Oktober 2020 (II):
Einsatz der Polizei und Kennzeichnung eines Beamten mit einem fremdpro-
duzierten Wappen**

und **Antwort** vom 22. Oktober 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Okt. 2020)

Frau Abgeordnete Anne Helm (LINKE) und
Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25219
vom 12. Oktober 2020
über Extrem rechter Aufmarsch der Partei „Der Dritte Weg“ am 3. Oktober 2020 (II):
Einsatz der Polizei und Kennzeichnung eines Beamten mit einem fremdproduzierten
Wappen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Berliner Polizist*innen welcher Untergliederungseinheiten waren am 3. Oktober 2020 im Rahmen der Demonstration des „Der Dritte Weg“ und der Gegenproteste insgesamt im Einsatz? (Bitte Einzelaufschlüsselung nach Anzahl der Dienstkräfte und Untergliederungseinheiten.)

Zu 1.:

Für die benannten Versammlungen waren nachfolgend genannte Einsatzkräfte der Polizei Berlin eingesetzt:

Einsatzkräfte	Anzahl
Einsatzabschnittsführer/Stab der 3. Bereitschaftspolizeiabteilung	27
21. Einsatzhundertschaft	62
22. Einsatzhundertschaft	76
23. Einsatzhundertschaft	69
31. Einsatzhundertschaft	65
33. Einsatzhundertschaft	68
34. Einsatzhundertschaft	65
35. Einsatzhundertschaft	71
1. Technische Einsatzhundertschaft	35
1. Bereitschaftspolizeiabteilung Diensthundführereinheit	32
3. Bereitschaftspolizeiabteilung Bearbeitungskommando	2

Landeskriminalamt	4
Kommunikationsteams	20
Alarmhundertschaft Direktion 1	63
Alarmhundertschaft Direktion 3	60
Gesamt	719

2. Wie viele Polizeidienstkräfte aus welchen anderen Bundesländern und des Bundes waren an dem Polizeieinsatz im Rahmen der unter 1. genannten Demonstration und Gegenproteste beteiligt?

Zu 2.:

Einsatzkräfte	Anzahl
Polizei des Landes Schleswig-Holstein	141
Polizei des Landes Mecklenburg-Vorpommern	15
Bundespolizei	152
Gesamt	308

3. Wie viele Zivilpolizist*innen (Dienstkräfte in bürgerlicher Kleidung) waren bei dem Polizeieinsatz im Rahmen der Demonstration von „Der Dritte Weg“ und der Gegenproteste im Einsatz? (Bitte jeweils nach „Der dritte Weg“-Demonstration und Gegendemonstration aufschlüsseln.)
4. Welcher Untergliederungseinheit (Zivile Tatbeobachter*innen, FAO-Einheit, Direktionen, MEK, LKA 5, etc.) gehörten die im Rahmen der Demonstration von „Der Dritte Weg“ und der Gegenproteste eingesetzten Zivilpolizist*innen jeweils an? (Bitte jeweils nach Demonstration von „Der Dritte Weg“ und Gegenprotesten aufschlüsseln.)
5. Wie viele Polizist*innen des LKA 5 welcher jeweiligen Dezernate waren im Rahmen der Demonstration von „Der Dritte Weg“ und der Gegenproteste im Einsatz? (Bitte jeweils nach „Der Dritte Weg“-Demonstration und Gegenprotesten aufschlüsseln.)

Zu 3.-5.:

Zur Anzahl sowie zu Gliederungseinheiten der zivil eingesetzten Polizeikräfte kann aus taktischen Gründen keine Auskunft erteilt werden. Die Veröffentlichung dieser Information würde das polizeiliche Handeln vorhersehbar machen und die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages verhindern oder erschweren.

6. Wann, wo und in welchen jeweiligen Situationen hat die Polizei das Zeigen eines Hitlergrußes durch Versammlungsteilnehmer*innen von „Ein Volk will Zukunft“ beobachtet?

Zu 6.:

Der Polizei Berlin ist keine Handlung im Sinne der Fragestellung bekannt.

7. Wie viele Ermittlungsverfahren wurden aufgrund des Zeigens eines Hitlergrußes eingeleitet? (Bitte aufschlüsseln nach Ort und Zeit.)

Zu 7.:

Im zuständigen Fachdezernat im Polizeilichen Staatsschutz des Landeskriminalamtes der Polizei Berlin werden aktuell zwei Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Verstoßes nach § 86a StGB bearbeitet, die außerhalb der Versammlung beobachtet wurden. Es werden keine weitergehenden Einzelheiten zu laufenden Strafermittlungsverfahren mitgeteilt.

8. Bei wie vielen Personen aus der Demonstration „Ein Volk will Zukunft“, gegen die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, liegen Vorkenntnisse aus dem Bereich PMK-rechts vor?

Zu 8.:

In der Polizei Berlin wird aktuell kein Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Versammlung „Ein Volk will Zukunft“ gegen Personen geführt, zu denen Vorerkenntnisse aus dem Phänomenbereich PMK -rechts- vorliegen.

9. Von wie vielen Personen wurden während der Versammlung am 3. Oktober 2020 aufgrund welcher konkreten Tatvorwürfe die Personalien festgestellt
- von Teilnehmer*innen der Demonstration des „Der Dritte Weg“: „Ein Volk will Zukunft“?
 - von Teilnehmer*innen der Gegenproteste?

Zu 9.:

Die Polizei Berlin beschränkte bzw. entzog 91 Personen auf Grundlage der Strafprozessordnung (StPO) und 25 Personen auf Grundlage des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes Berlin (ASOG Bln) die Freiheit. Von allen 116 Personen wurde die Identität festgestellt.

Im Rahmen des zur Beantwortung der schriftlichen Anfrage eingeräumten Zeitrahmens ist keine tiefergehende Detailzuschreibung im Sinne der Fragestellung darstellbar.

10. Wie viele Ingewahrsamnahmen hat die Polizei am 3. Oktober 2020 im Rahmen der Versammlung von „Der dritte Weg“ jeweils aufgrund welcher Tatbestände vorgenommen
- gegen Teilnehmer*innen der Demonstration von „Der Dritte Weg“?
 - gegen Teilnehmer*innen der Gegenproteste?

Zu 10.:

Die Polizei Berlin führte im Rahmen der benannten Versammlungen keine Ingewahrsamnahmen nach dem ASOG Bln durch.

11. Wie viele Festnahmen wegen welcher konkreten Tatvorwürfe hat die Polizei am 3. Oktober 2020 im Rahmen der Versammlung von „Der Dritte Weg“ jeweils vorgenommen
- gegen Teilnehmer*innen der Demonstration von „Der Dritte Weg“: „Ein Volk will Zukunft“?
 - gegen Teilnehmer*innen der Gegenproteste?

Zu 11.:

Siehe Beantwortung zu Frage 9.

12. Wie viele Ermittlungsverfahren wegen welcher konkreten Tatvorwürfe hat die Polizei am 3. Oktober 2020 im Rahmen der Versammlung von „Der Dritte Weg“ jeweils eingeleitet und aufgrund welcher Tatvorwürfe?
- Wie viele Ermittlungsverfahren wegen des Tatvorwurfs „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ hat die Polizei eingeleitet?
 - Wie viele Ermittlungsverfahren wegen des Tatvorwurfs „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“ hat die Polizei eingeleitet?
- (Bitte jeweils aufschlüsseln nach „Der Dritte Weg“-Demonstration und Gegenprotesten, Anzahl und jeweiligem Tatvorwurf.)

Zu 12.:

Tatvorwurf (Verdacht)		Anzahl		
		Versammlung „Ein Volk will Zukunft! Heimat bewahren! Überfremdung stoppen! Kapitalismus zerschlagen!“	Gegenproteste	Im Zusammenhang mit den Versammlungen, jedoch nicht zuordenbar
Landfriedensbruch		-	4	12
davon	§ 125 Strafgesetzbuch (StGB)	-	4	9
	§ 125a StGB	-	-	3
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte		-	2	13
Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte		-	2	4
Verstoß Infektionsschutzverordnu ng (Ordnungswidrigkeit (OWi))		-	-	34
Gefangenenbefreiung		-	1	3
Gefährliche Körperverletzung		-	-	1
Sachbeschädigung		-	-	3
Verstoß § 86a StGB		3	-	4
Zusammenrottung		-	-	14
Nötigung		-	-	32
Verstoß Versammlungsgesetz		2	4	36
Verstoß Betäubungsmittelgesetz		-	-	1
Beleidigung		-	-	1
Verstoß Waffengesetz		-	-	1

Missachtung Weisung Polizei (OWi)	-	-	1
Verstoß § 279 StGB	3	-	-

13. Inwieweit kam es bei den Teilnehmenden der geräumten ersten Blockade des Aufmarsches des Dritten Wegs zu einer Verfolgung wegen Verstößen gegen das Infektionsschutzgesetz bzw. zur Verhängung von mehreren Hundert Euro Bußgeldern?

Zu 13.:

Es wird angenommen, dass es sich bei der bezeichneten Blockade im Sinne der Fragestellung um eine Personengruppe westlich der Kreuzung Ribnitzer Straße/Zingster Straße handelt.

Durch die Polizei Berlin wurden diesbezüglich insgesamt 34 Ordnungswidrigkeitenverfahren nach der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung eingeleitet. Die Festsetzung der Bußgelder obliegt den Bezirken.

14. Wie viele verletzte Polizeidienstkräfte wurden bei der unter 1. genannten Versammlung registriert?

- Wie viele Dienstkräfte wurden mit welchen verschiedenen Verletzungsgraden registriert?
- Wie viele der verletzten Polizeidienstkräfte mussten durch die Verletzung vom Dienst abtreten oder sogar stationär oder ambulant versorgt werden?
- Wie viele der verletzten Polizeidienstkräfte konnten nach der Verletzung ihren Dienst fortsetzen?
- Wie viele der verletzten Polizeidienstkräfte wurden durch Reizstoffsprühgeräte (RSG) aus eigenen Beständen verletzt?

Zu 14.:

Insgesamt wurden 36 Polizeidienstkräfte verletzt.

Zu 14 a.:

Es wurden 35 Polizeidienstkräfte leicht und eine schwer verletzt.

Zu 14 b.:

Insgesamt mussten drei verletzte Polizeidienstkräfte vom Dienst abtreten. Eine Polizeidienstkraft benötigte keine ärztliche Versorgung. Von den anderen beiden musste eine ambulant und eine stationär versorgt werden.

Zu 14 c.:

33 Polizeidienstkräfte konnten ihren Dienst trotz ihrer Verletzung fortsetzen.

Zu 14 d.:

Zwei Dienstkräfte wurden infolge des Einsatzes von Reizstoffsprühgeräten verletzt.

15. Welche Kenntnisse hat der Senat über einen Polizeibeamten mit der taktischen Rückenkenzeichnung „BE 31210“, der statt des Hoheitszeichens auf dem Dienstanzug einen Klettpatch trug, welcher ein offenbar fremdproduziertes Wappen der Hundertschaft sowie einen spartanischen Kriegshelm zeigte?

- Welche Überlegungen gibt es innerhalb der Polizei, die Verwendung derartiger Symbole im Dienst zu untersagen, die einen Bezug zu antiker Kriegerkultur herstellen und gleichzeitig als Botschaften bei extrem rechten Organisationen wie „Identitäre Bewegung“ oder der US-amerikanischen Waffenlobby populär sind?
- Welche Ermittlungsverfahren oder dienstrechtlichen Verfahren wegen welcher Deliktvorwürfe wurden diesbezüglich gegebenenfalls eingeleitet?

- c. Wie viele Dienstkräfte haben nach Kenntnis des Senats die öffentliche Verwendung des Patches durch ihre Kolleg*innen bei ihren Vorgesetzten oder bei verantwortlichen Stellen in welcher Weise und wann gemeldet oder thematisiert?
- d. Welche Symbole, Kleidermarken etc. sind für die Verwendung im Polizeidienst gegenwärtig unabhängig von einem etwaigen strafrechtlichen Verbot dienstlich untersagt und welche Untersagungen von welchen Symbolen, Kleidermarken etc. werden derzeit geprüft?

Zu 15.:

Der Sachverhalt ist dem Senat bekannt und wird aktuell ausgewertet.

Zu 15 a.:

Das äußere Erscheinungsbild für Dienstkräfte der Polizei Berlin ist bereits grundsätzlich in der Polizeidienstvorschrift 350 „Verhalten von Polizeiangehörigen“ geregelt. Zusätzlich sind die Geschäftsanweisungen über die allgemeine Dienstbekleidung sowie über Orden, Ehrenzeichen und Auszeichnungen des Bundes und der Länder, Sportabzeichen sowie Dienststellenzugehörigkeitsabzeichen für Dienstbekleidungsträgerinnen und Dienstbekleidungsträger für die Mitarbeitenden der Polizei Berlin bindend.

Am 14. Oktober 2020 wurden alle Dienstkräfte der Polizei Berlin über die bestehenden Regelungen zum Erscheinungsbild sensibilisiert und auf das Verbot zum Tragen nicht dienstlich zur Verfügung gestellter Abzeichen hingewiesen.

Zu 15 b.:

Seitens der Polizei Berlin wurde ein Disziplinarverfahren im Sinne der Fragestellung eingeleitet.

Zu 15 c.:

Dazu liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

Zu 15 d.:

Gemäß einer Dienstanweisung ist es Polizeivollzugskräften der Polizei Berlin untersagt, Bekleidungsstücke der nachfolgend genannten Firmen bzw. Label im Dienst zu tragen:

- ACAB
- Consdaple
- Masterrace Europe
- Rizist
- Pit Bull
- Outlaw
- Troublemaker sowie
- Thor Steinar.

16. Welche Kenntnisse hat der Senat über Ausmaß der Verwendung und Herkunft dieses oder ähnlicher Klettpatches, die geeignet sein können, politische Botschaften zu transportieren, innerhalb der 31. Einsatzhundertschaft oder anderen Untergliederungseinheiten?

- a. Wurde der betreffende Beamte mit der Nummer „BE 31210“ zu Herkunft und Umfang der Patches befragt? Wenn nein, warum nicht?
- b. In welcher Stückzahl wurden die Patches nach Kenntnis des Senats produziert bzw. bestellt?
- c. An wie viele Dienstkräfte wurden die Patches nach Kenntnis des Senats ausgegeben oder wie viele Dienstkräfte sind in Besitz eines solchen?
- d. Wird im Rahmen der Ermittlungen zu dem Vorfall der Frage nachgegangen, ob und welche weiteren Dienstkräfte derartige Patches besitzen? Wenn nein, warum nicht?

Zu 16.:

Die bildliche Darstellung eines sogenannten „Sparta-Helms“ findet u.a. im Zusammenhang mit der „Identitären“ Bewegung, die vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft wird, Verwendung.

Zu 16 a.:

Die Fragestellung richtet sich auf ein laufendes Disziplinarverfahren, zu dem der Senat keine Aussage trifft.

Zu 16 b und c.:

Dazu liegen der Polizei Berlin keine Erkenntnisse vor.

Zu 16 d.:

Nein. Der Besitz von derartigen Abzeichen an sich entfaltet keine strafrechtliche und/oder dienstrechtliche Konsequenz, sofern diese nicht an der Dienstkleidung getragen werden.

17. Welche Kenntnisse hat der Senat über eine polizeiliche Maßnahme in der Zingster Straße gegen 17:20 Uhr, bei der eine Dienstkraft der Bundespolizei einen Versammlungsteilnehmer auf dessen Kopf kniend am Boden fixierte?

- a. Welche Richtlinien, Ausführungsbestimmungen, Weisungen etc. gibt es im Land Berlin, die ein solches Vorgehen bei der Fixierung einer Person in welcher genauen Art und Weise regeln?
- b. Wegen welcher Deliktvorwürfe wurden gegebenenfalls strafrechtliche oder dienstrechtliche Verfahren gegen den Beamten eingeleitet?
- c. Wie viele Dienstkräfte, die den Vorfall bezeugen könnten, haben nach Kenntnis des Senats diese Art der Anwendung unmittelbaren Zwangs bei ihren Vorgesetzten oder bei Stellen der Polizei Berlin in welcher Weise und wann moniert?

Zu 17.:

Eine Abfrage der Polizei Berlin (Stand: 20. Oktober 2020) ergab für die Örtlichkeit Zingster Str. am 3. Oktober 2020 einen Vorgang mit dem Erfassungsgrund ‚Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte‘. Aus diesem geht jedoch zunächst keine Handlung im Sinne der Fragestellung hervor, sodass dem Senat ein derart beschriebener Sachverhalt bisher nicht bekannt ist.

Zu 17 a.:

Ein hier beschriebenes Vorgehen wird in der Polizei Berlin nicht geschult. Die Anwendung von Zwangsmaßnahmen muss in Berlin den Anforderungen des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin (UZwG Bln) entsprechen. Einsatzkräfte werden im Rahmen der Aus- und Fortbildung befähigt, aufgrund geltender Rechtsgrundlagen und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit unmittelbaren Zwang anzuwenden, um u. a. notwendigenfalls gezielt Widerstand zu brechen.

Die Richtlinien zu Festnahmetechniken der Polizei Berlin sind für die Aus- und Fortbildung im Handbuch Einsatztraining geregelt. Auf die Aspekte des „Lagebedingten Erstickungstods“ wird regelmäßig und sorgfältig in der Aus- und Fortbildung beim Einsatztraining hingewiesen.

Zu 17 b.:

Da die Polizei Berlin bisher weder Kenntnis des geschilderten Vorfalls hat, noch sich aus der Fragestellung hinreichende Informationen ergeben, wurde bislang kein Verfahren eingeleitet. Zu Fragen, die ggf. die Bundespolizei betreffen, kann sich der Senat nicht äußern.

Zu 17 c.:

Keine.

18. Welche Vorschriften, Weisungen, Richtlinien etc. regeln Art und Weise des Einsatzes von Polizeihunden im Rahmen von Versammlungen?

- a. Auf welche Weise (mit Beißkorb oder ohne etc.), unter welchen Voraussetzungen und durch welche Dienstkräfte mit ggf. welchen besonderen Kenntnissen werden Polizeihunde bei Versammlungen eingesetzt?
- b. Trifft es zu, dass Polizeihunde von Dienstkräften aus anderen Bundesländern ohne Beißkorb eingesetzt wurden und wie viele Polizeihunde von Polizeidienstkräften aus anderen Bundesländern kamen abweichend von den in Berlin geltenden Vorschriften zum Einsatz?

Zu 18 a.:

Das Führen eines Diensthundes bedarf einer gesonderten Ausbildung. Die unter Frage 18 genannte Geschäftsanweisung beinhaltet auch allgemeine Grundsätze zum Halten des Hundes, welche unter anderem das Mitführen, jedoch nicht das Anlegen eines Beißkorbes vorsehen. Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit entscheidet die oder der jeweilige Diensthundführende oder durch Weisung von Vorgesetzten über das Anlegen des Beißkorbes unter Berücksichtigung der im Einzelfall bestehenden Umstände sowie unter Beachtung der individuellen Wesenseigenschaften der Tiere.

Zu 18 b.:

Am 3. Oktober 2020 wurden Diensthunde der Polizei Mecklenburg-Vorpommern auch ohne Beißkorb sowie ohne direkten Kontakt zu Versammlungen eingesetzt. Dies stellt keine Abweichung von den in Berlin geltenden Vorschriften dar.

Berlin, den 22. Oktober 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport